

## Konzeption zu prinzipiellen Fragen der Beziehungen zwischen Staat und Kirche

Die schlechten Beziehungen zwischen Kirche und Staat Anfang 1988 machten ein Gespräch auf höchster Ebene notwendig. Erich Honecker ließ dazu ein Grundsatzpapier entwerfen, das alle Leiter der MfS-Diensteinheiten erhielten.

Anfang 1988 war das Verhältnis zwischen Kirche und Staat auf einem Tiefpunkt angekommen. Insbesondere die evangelische Kirche bot für zahlreiche Bürgerrechtler und Ausreisewillige einen Schutzhelm. Sie konnten dort ihre Forderungen öffentlich vortragen. Die Partei- und Staatsführung reagierte ihrerseits mit Druck. Als einziger Ausweg aus der festgefahrenen Situation erschien ein Gespräch auf höchster Ebene, wie es am 6. März 1978 bereits stattgefunden hatte.

Die SED-Führung entwickelte dazu ein Grundsatzpapier. Diese Konzeption "Zu prinzipiellen Fragen der Beziehungen zwischen Staat und Kirche" sollte die Grundlage für alle weiteren Gespräche zwischen staatlichen Gremien und evangelischer Kirche sein. Diese Festlegung diente auch als Orientierung für die Staatssicherheit, für ihr Vorgehen gegen oppositionelle Aktivitäten. Durch den Einsatz von IM sollte die Wirkung der Gespräche zwischen Kirche und Staat festgehalten werden.

Mit einem Schreiben des Ministers für Staatssicherheit wurde die Konzeption an die Leiter der Diensteinheiten versandt. Honecker hatte es am Vortag an die 1. Sekretäre der SED-Bezirks- und Kreisleitungen übermittelt. Die SED-Führung forderte von ihrem "Schild und Schwert", dass damit Schluss sein müsse, dass die evangelischen Kirchen als Schutzraum für Oppositionelle und Ausreisewillige dienten.

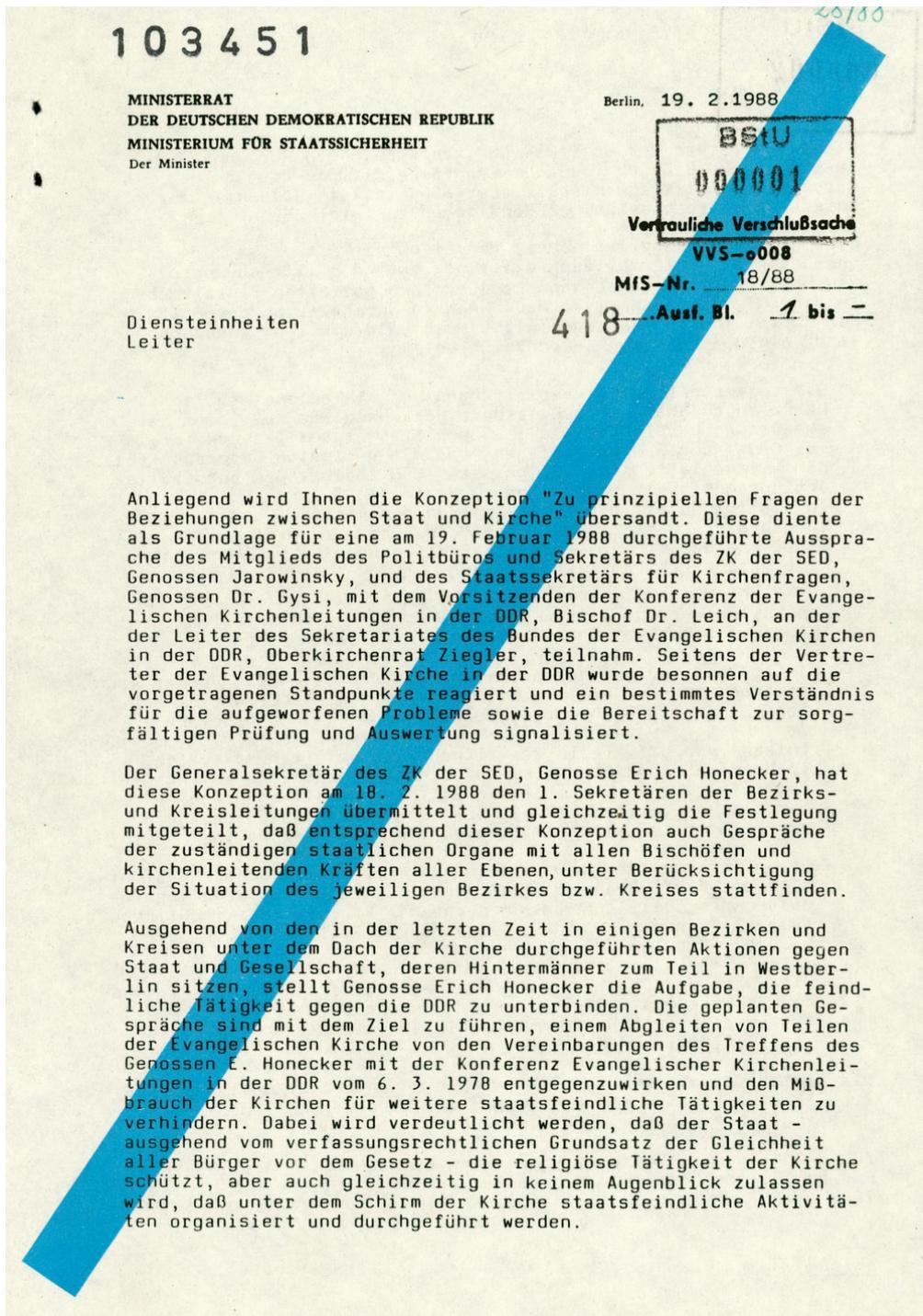
---

**Signatur:** BArch, MfS, BdL/Dok., Nr. 8593, Bl. 1-11

---

### Metadaten

Diensteinheit: Büro der Leitung      Datum: 19.2.1988

**Konzeption zu prinzipiellen Fragen der Beziehungen zwischen Staat und Kirche**

Signatur: BArch, MfS, BdL/Dok., Nr. 8593, Bl. 1-11

Blatt 1

## Konzeption zu prinzipiellen Fragen der Beziehungen zwischen Staat und Kirche

BStU  
000002

2

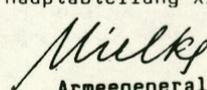
Die 1. Sekretäre der Bezirks- und Kreisleitungen wurden beauftragt, über die Ergebnisse der Gespräche mit den zuständigen kirchlichen Amtsträgern sowie über eingeleitete Maßnahmen zur Unterbindung rechtswidriger Handlungen zu informieren.

Die politisch-operative Arbeit der Diensteinheiten ist darauf auszurichten, unter Nutzung aller geeigneten politisch-operativen Möglichkeiten, insbesondere durch den gezielten Einsatz der IM und GMS, die offensiven Maßnahmen in Durchsetzung der Politik der Partei in Kirchenfragen wirksam zu unterstützen. Insbesondere sind folgende Maßnahmen durchzuführen:

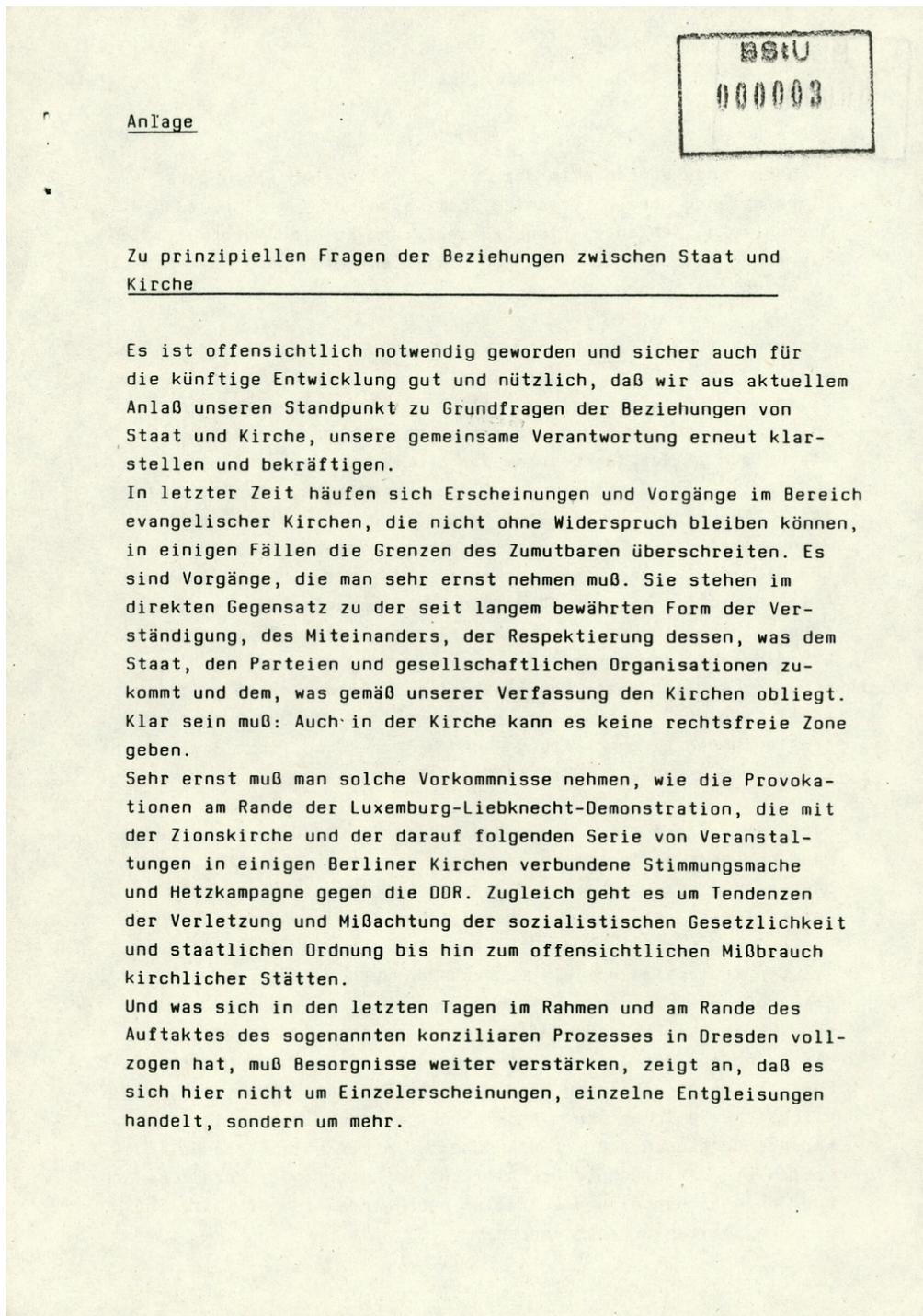
1. Die Leiter der Bezirksverwaltungen und Kreisdienststellen haben durch Übergabe auswertbarer Erkenntnisse aus ihrem Verantwortungsbereich an die 1. Sekretäre der Bezirks- und Kreisleitungen der SED beizutragen, daß die geplanten Gespräche mit den kirchenleitenden Kräften sach- und lagebezogen vorbereitet und durchgeführt werden können.  
In Abstimmung mit den 1. Sekretären der Bezirks- und Kreisleitungen der SED sind gemeinsame Maßnahmen zur vorbeugenden Verhinderung des Wirksamwerdens feindlich-negativer Kräfte unter Mißbrauch der Kirchen festzulegen.
2. Die Leiter der operativen Diensteinheiten haben unter Nutzung ihrer Möglichkeiten Informationen zu erarbeiten über
  - Inhalt und Verlauf der Gespräche mit den Bischöfen und anderen kirchenleitenden Kräften aller Ebenen sowie über deren Verhalten, einschließlich vorgetragener Argumente und Probleme;
  - interne und offizielle Reaktionen kirchenleitender Kräfte, insbesondere der Bischöfe, auf diese Gespräche sowie Inhalte der erfolgten Auswertungen in den Kirchenleitungen, auf kirchlichen Veranstaltungen bzw. gegenüber Kontaktpartnern aus nichtsozialistischen Staaten bzw. aus Westberlin;
  - Orientierungen der Bischöfe und der Kirchenleitungen hinsichtlich der Einflußnahme kirchlicher Amtsträger auf eine Verhinderung des politischen Mißbrauchs der Kirchen und kirchlichen Veranstaltungen und dabei aufgetretene Differenzen, Widersprüche, Probleme;
  - Wirkungen der Gespräche auf kirchliche Basisgruppen, wie sogenannte Friedens-, Ökologie- und Menschenrechtsgruppen, sowie auf innerkirchliche Zusammenschlüsse, wie "Kirche von unten" und "Solidarische Kirche".

Die Leiter der Bezirksverwaltungen haben den Leiter der Hauptabteilung XX über Verlauf und Ergebnisse der Gespräche mit den Bischöfen unverzüglich zu informieren.

Zu den übrigen in Ziffer 2. genannten Problemen ist jeweils am 1. und am 15. des Monats an den Leiter der Hauptabteilung XX zu berichten.

  
Anlage

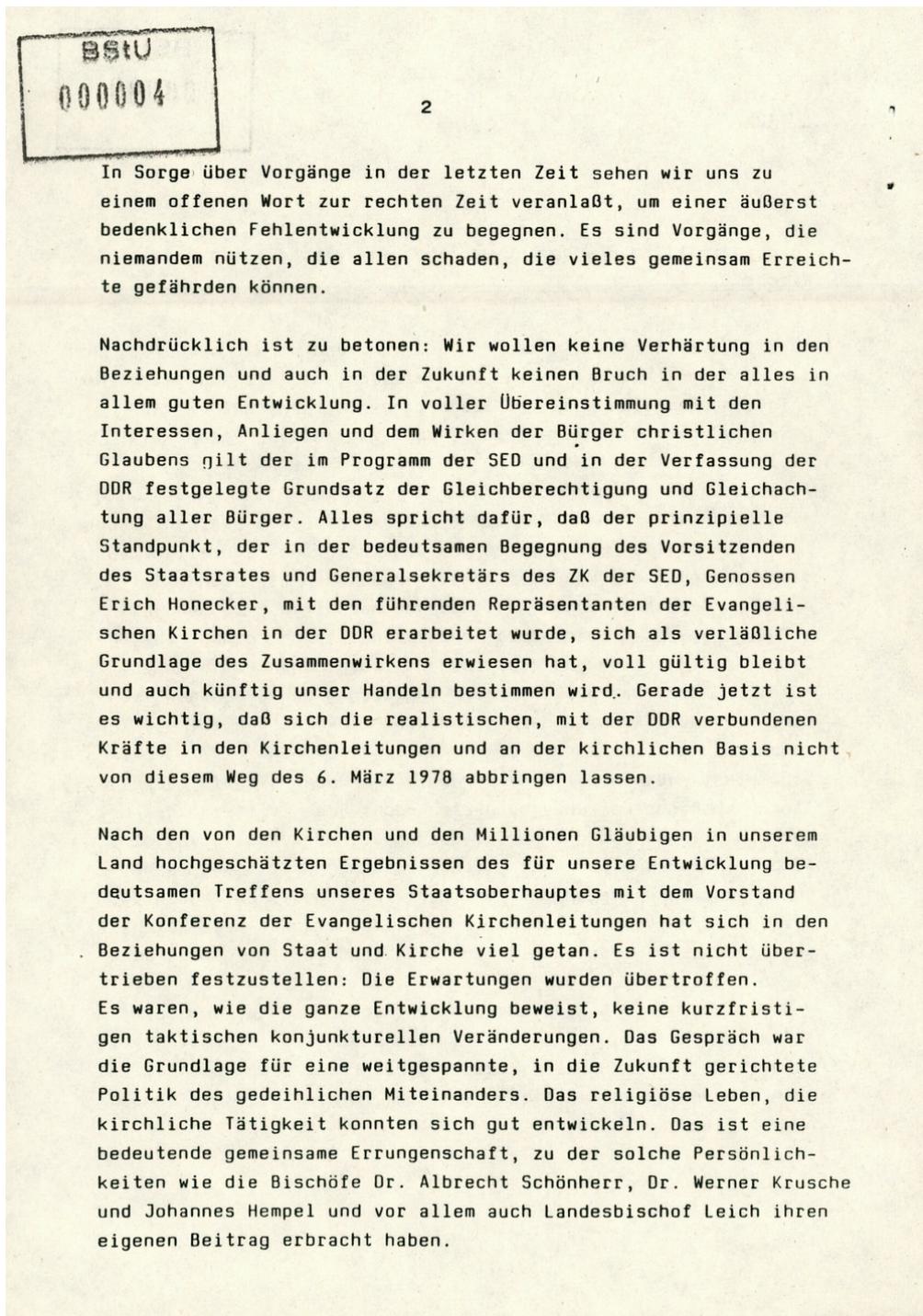
## Konzeption zu prinzipiellen Fragen der Beziehungen zwischen Staat und Kirche



**Signatur:** BArch, MfS, BdL/Dok., Nr. 8593, Bl. 1-11

Blatt 3

## Konzeption zu prinzipiellen Fragen der Beziehungen zwischen Staat und Kirche



Signatur: BArch, MfS, BdL/Dok., Nr. 8593, Bl. 1-11

Blatt 4

## Konzeption zu prinzipiellen Fragen der Beziehungen zwischen Staat und Kirche

BStU  
000005

3

Wann gab es jemals ein solches Entgegenkommen bei kirchlichen Großveranstaltungen bis hin zum Kirchentag in Berlin 1987? Wann gab es jemals so viele internationale Begegnungen der Kirche, von Tagungen ökumenischer Gremien in der DDR wie in dieser Zeit. All das hat nicht nur in unserer Gesellschaft selbst, sondern auch international große Beachtung gefunden. Die im Gespräch vom 6. März 1978 vereinbarten Grundsätze haben sich seither als nützlich, notwendig und richtig erwiesen und sind die Grundlage für Berechenbarkeit, gegenseitiges Vertrauen, für ein alles in allem konstruktives Miteinander, sind eine tragfähige Basis für die Regelungen der Beziehungen der Kirchen zum Staat.

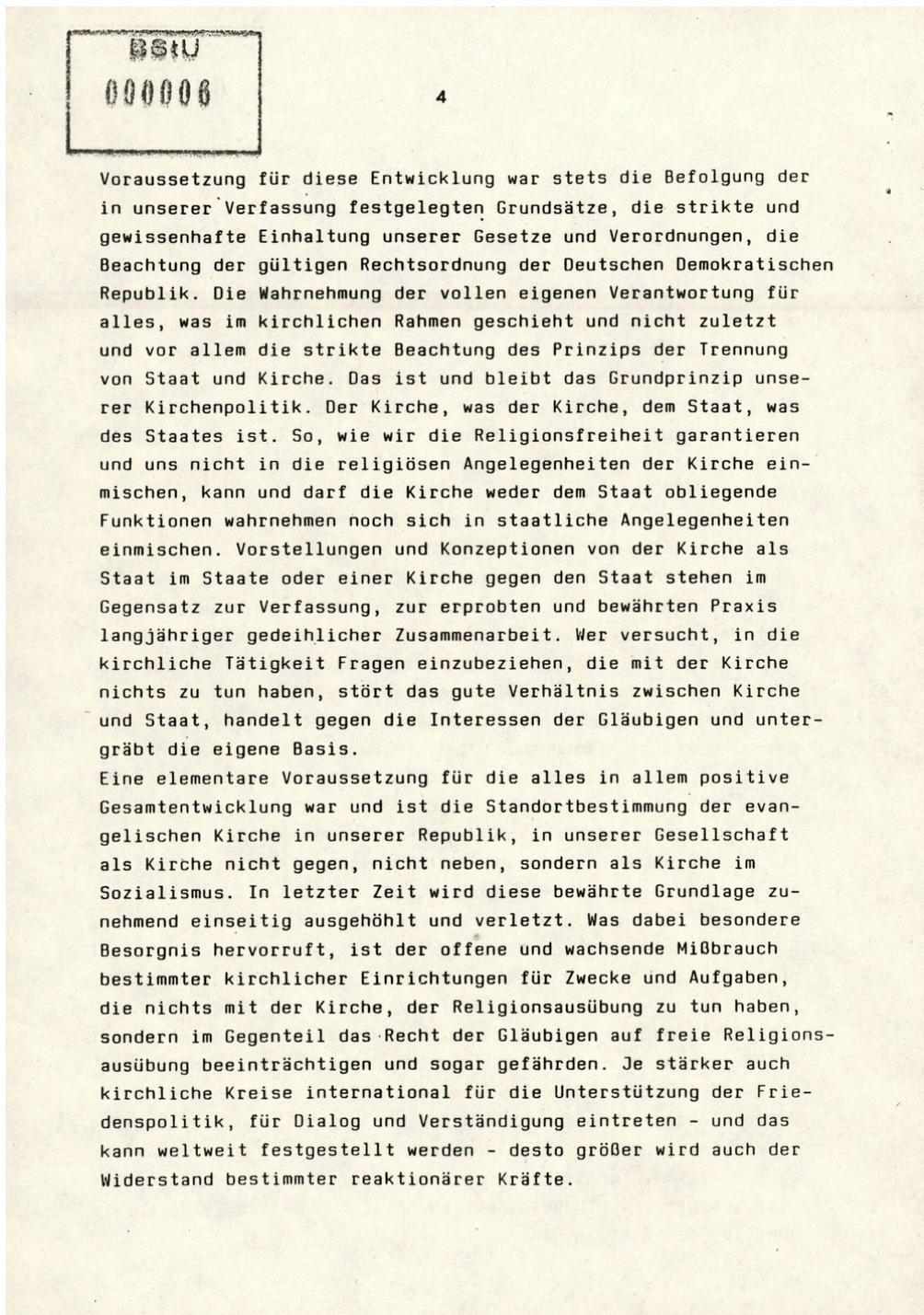
Gerade die Kirche hat doch davon Nutzen gehabt, angefangen von der Entwicklung der kirchlichen Reisetätigkeit, dem kirchlichen Bauen, der Unterstützung der diakonischen Arbeit, die neue Möglichkeiten erhielt und größere Anerkennung fand. Bedeutend hat sich das kirchliche Verlagswesen, das Gebiet der religiösen Literatur und kirchlichen Publizistik entwickelt. Zur positiven Bilanz zählt auch die Entwicklung der kircheneigenen Land- und Forstwirtschaft, gehören die größeren sozialen Leistungen der Gesellschaft auch im Bereich der Kirchen.

Was sich generell in unserer Republik im Verlaufe von mehr als einem Jahrzehnt in unserer Wirtschafts- und Sozialpolitik vollzogen hat, was für die Familien, für die Jugend, für die Kinder, für die sozialen Belange aller getan wurde, entspricht zutiefst dem Anliegen christlicher Ethik.

Auch hier gilt doch jene Feststellung Erich Honeckers in seiner Rede vom vergangenen Freitag: Wir "brauchen unser Licht nicht unter den Scheffel zu stellen, können auf die Errungenschaften verweisen, ohne zu verschweigen, daß noch große Aufgaben zu bewältigen sind und vieles im täglichen Leben in den gesellschaftlichen Beziehungen noch in Ordnung gebracht werden muß".

In der Tat - wenn man alles zusammenfaßt, was in den letzten Jahren geschehen ist, wenn man den Blick für die Realitäten und das Machbare behält, muß man sagen, daß das, was erreicht wurde, sehr viel ist. Es ist ein bemerkenswerter Prozeß, der, wenn es nach uns geht, fortgesetzt werden soll, für den es keine vernünftige Alternative gibt.

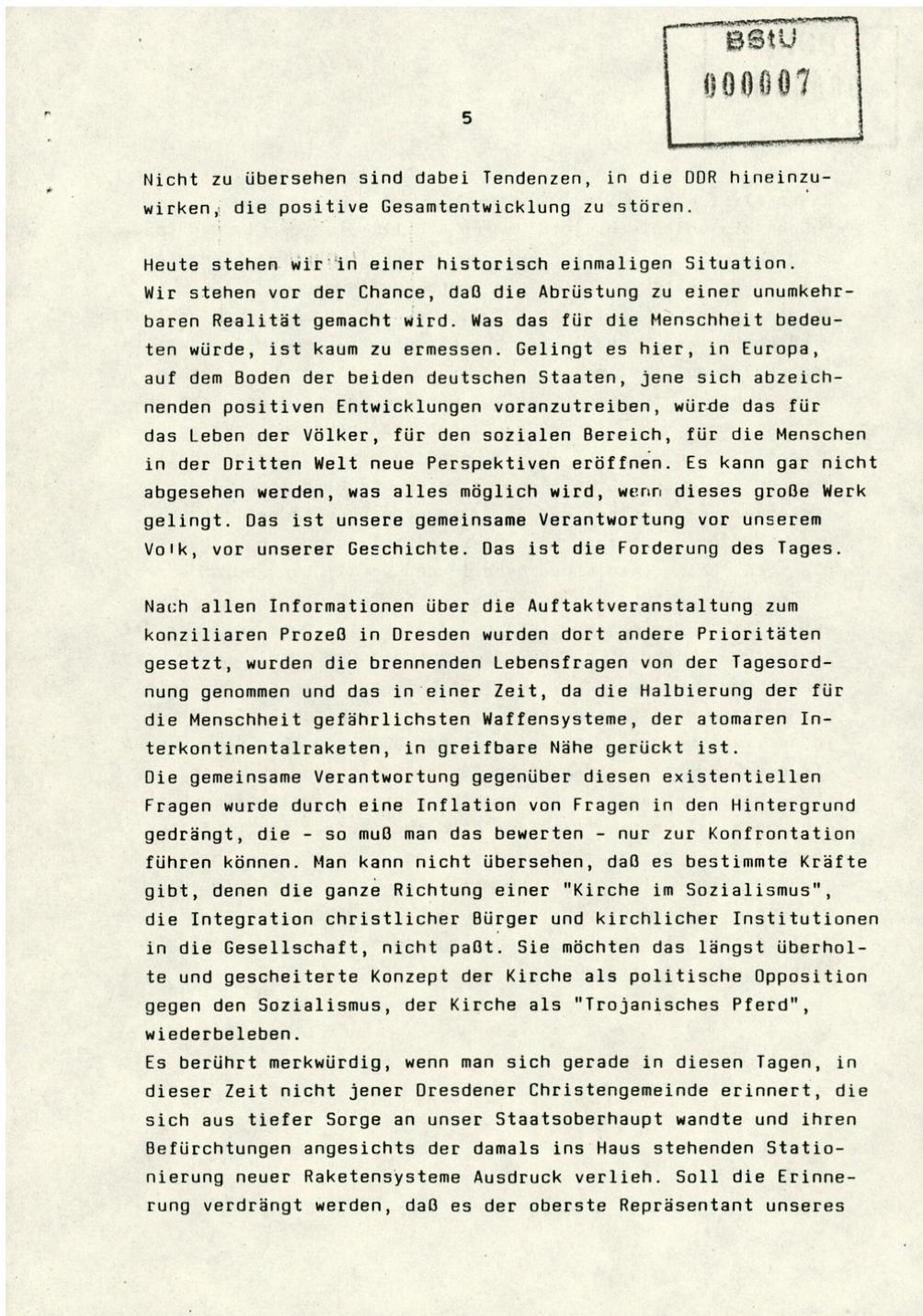
## Konzeption zu prinzipiellen Fragen der Beziehungen zwischen Staat und Kirche



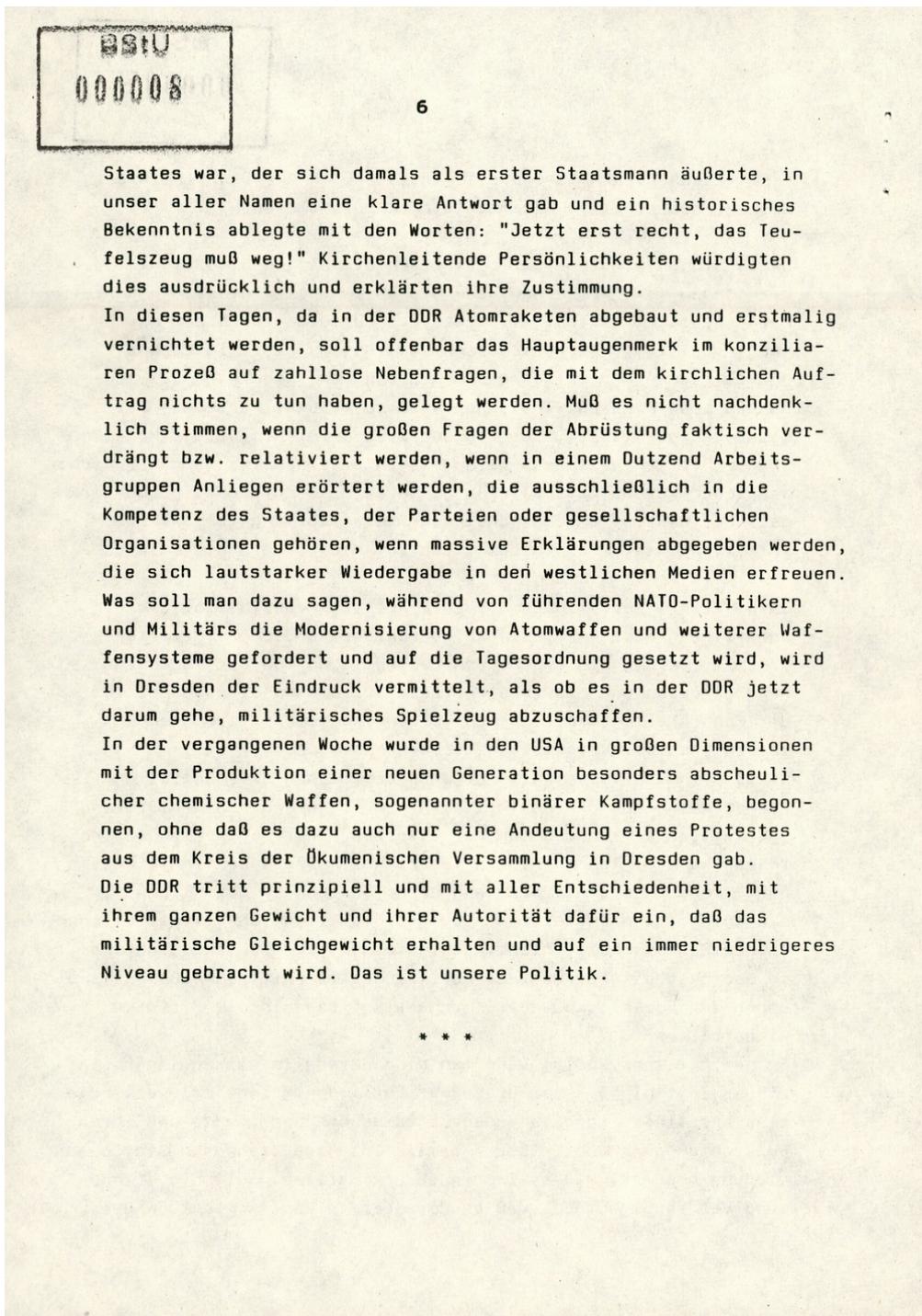
Signatur: BArch, MfS, BdL/Dok., Nr. 8593, Bl. 1-11

Blatt 6

## Konzeption zu prinzipiellen Fragen der Beziehungen zwischen Staat und Kirche



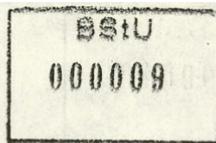
## Konzeption zu prinzipiellen Fragen der Beziehungen zwischen Staat und Kirche



**Signatur:** BArch, MfS, BdL/Dok., Nr. 8593, Bl. 1-11

Blatt 8

## Konzeption zu prinzipiellen Fragen der Beziehungen zwischen Staat und Kirche



7

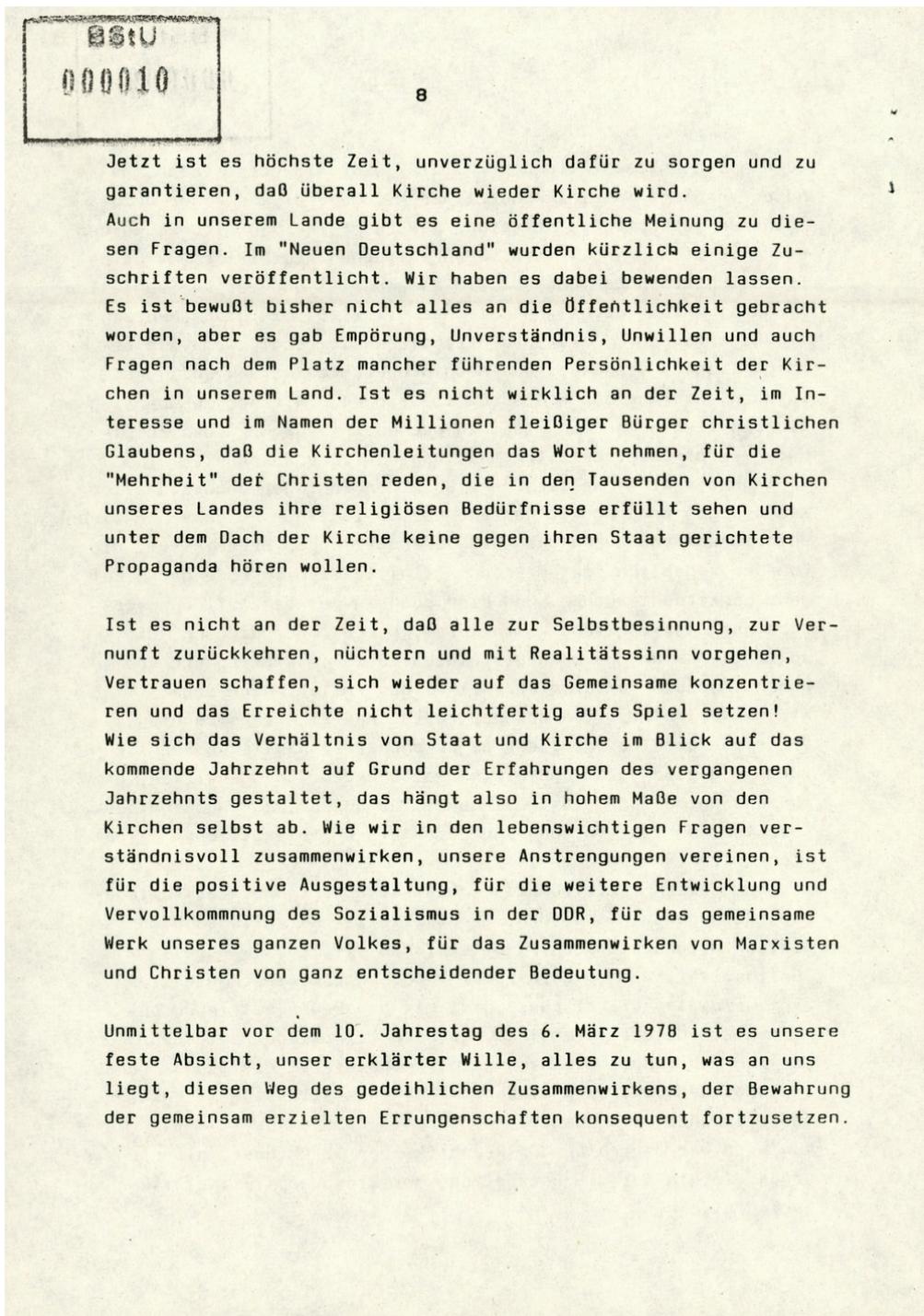
Zu den Ereignissen, die berechtigte Besorgnis hervorrufen, gehören Vorgänge in einigen Berliner Kirchen, die zu einer unzumutbaren gefährlichen Belastung geworden sind. In Kirchen werden reine politische Agitationsveranstaltungen organisiert, staatsfeindliche Lösungen und Aufrufe zum Krawall und zur Konfrontation geduldet. Haben nicht jene Kirchenvertreter, die große Mehrzahl gläubiger Bürger, ja unsere Öffentlichkeit recht, wenn sie besorgt fragen, wie lange das noch hingenommen werden soll und fordern, daß endlich Schluß damit sein muß, Kirchen zu Oppositionskräften gegen den Staat zu machen. Die Grenzen des Zumutbaren werden überschritten, der Bogen wird überspannt.

So kann das nicht weitergehen. Über den Kopf der doch angeblich zuständigen Gemeindekirchenräte werden in einer Reihe von Fällen unter Druck von außen und oben Veranstaltungen organisiert, die von den angeblich "gut meinenden" Initiatoren am Ende gar nicht mehr beherrscht werden. Das sind doch in der Tat Auflösungsscheinungen kirchlicher Strukturen, kirchlicher Ordnung, die, so stellen sich das offenbar einige Leute im Hintergrund vor, durch andere Strukturen ersetzt werden sollen. Wenn sogar Kirchenvertreter offen darüber reden, daß sich regelrechte "Substrukturen" bilden, daß es erkennbare logistische Fernsteuerung von außen gibt und ein entsprechendes Zusammenwirken, dann muß das Anlaß zur Selbstbesinnung, zur Umkehr, zur notwendigen Klarstellung, zur Veränderung durch die verantwortlichen kirchlichen Gremien führen.

Kirchen sollen zu Tribunalen, zu Anwaltsbüros oder zur Anklagebehörde umgewandelt werden. In offiziellen kirchlichen Dienststellen melden sich Leute an Telefonen als "Kontaktbüro", "Solidaritätsbüro", "Büro rüber" oder "Koordinierungszentrum". Hier wird ein gefährliches Spiel mit dem Feuer getrieben. Es werden Zerrbilder vermittelt, ja neue Feindbilder aufgebaut. Der Weg führt über die bekannten Ereignisse um die Zionskirche, am Rande der Luxemburg-Liebknecht-Demonstration zum Gedenktag des Dresdener Infernos.

Nun wird der Jahrestag der Republik, der 7. Oktober, als nächster großer Termin für die Fortsetzung der Dresdener Veranstaltung angekündigt.

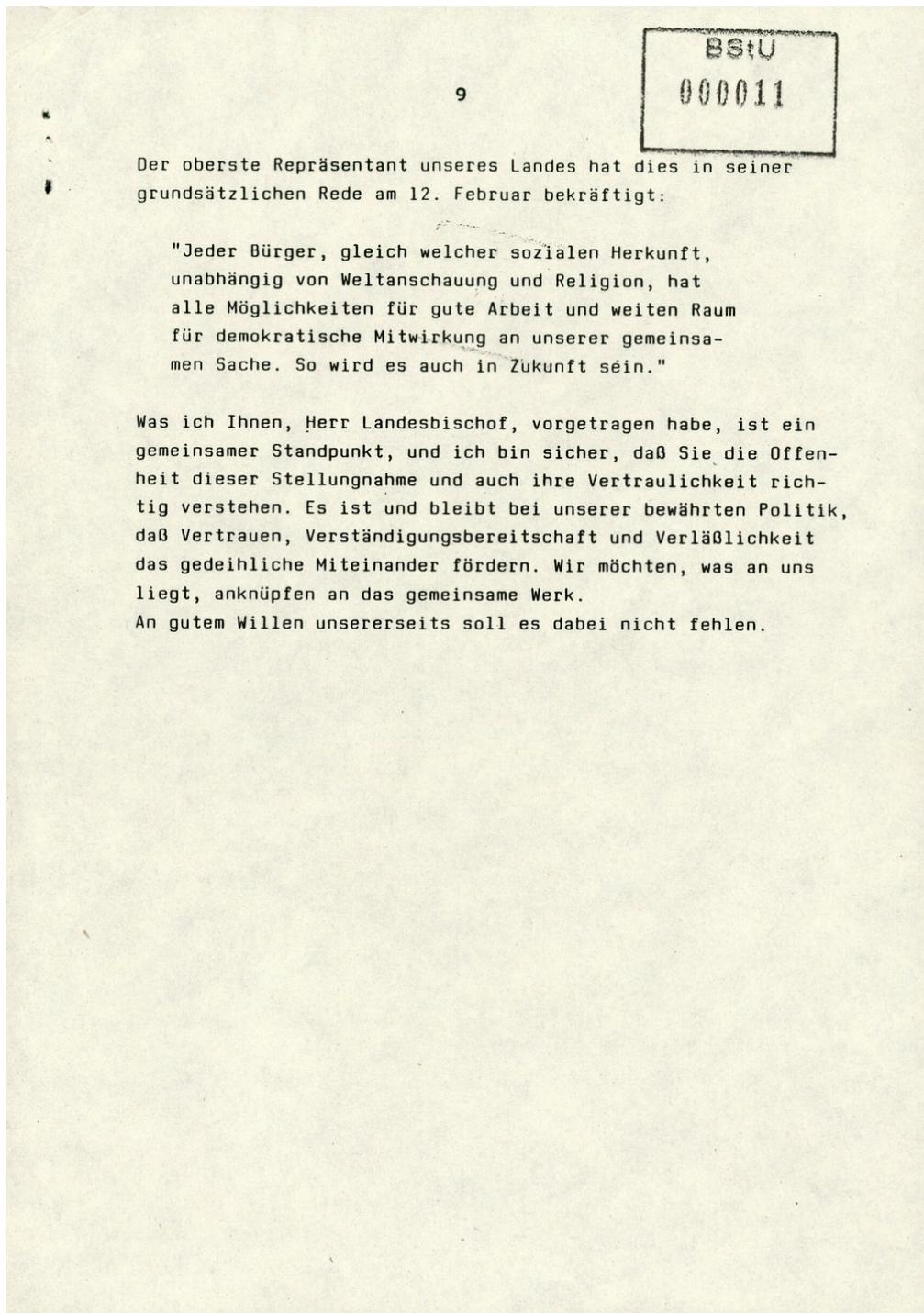
## Konzeption zu prinzipiellen Fragen der Beziehungen zwischen Staat und Kirche



Signatur: BArch, MfS, BdL/Dok., Nr. 8593, Bl. 1-11

Blatt 10

## Konzeption zu prinzipiellen Fragen der Beziehungen zwischen Staat und Kirche



Signatur: BArch, MfS, BdL/Dok., Nr. 8593, Bl. 1-11

Blatt 11